

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatthaus“

Leser-Kasse geöffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Gericht:

„Tagblatthaus“ Nr. 6656-58.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntags.

Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: M. 1.40 monatlich, M. 4.20 vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Fracht, M. 5.25 vierteljährlich durch alle deutschen Postanstalten, aus- schließlich Postgebühren. — Bezugs-Beziehungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Zweigstellen, Bismarckring 19, sowie die Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Biedrich: die dortigen Aus- gabestellen und in den benachbarten Randorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.

Anzeigen-Preis für die Zeile: 40 Bsp. für örtliche Anzeigen; 60 Bsp. für auswärtige Anzeigen; M. 2.— für örtliche Reklamen; M. 3.25 für auswärtige Reklamen. — Bei wiederholter Aufnahme unver- ändert Anzeigen entsprechende Nachsch. — Anzeigen-Nachnahme: Für beide Ausgaben bis 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgedruckten Tagen und Blättern wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W. 57, An der Apostelkirche 7, 1. Fernsprecher: Amt Bülow 6202 und 6203.

Samstag, 9. August 1919.

Abend-Ausgabe.

Nr. 354. • 67. Jahrgang.

Offizielle Bekanntmachung.

Der Kommandierende General der 10. Armee hat, wie be- kannt, zahlreiche Verkehrsbeschränkungen genehmigt.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Verkehrs- beschränkungen, betreffs Reisen aus dem besetzten noch dem unbefetzten Deutschland und umgekehrt nicht nur für die Eisen- bahn, sondern für jede Art des Verkehrs gelten. Jedoch müssen zur Verwirklichung der gestrigen Bekanntmachung folgende wichtige Bestimmungen hinzugefügt werden:

1. Die Verkehrsbeschränkung für Tag und Nacht ist nur für das Gebiet der 10. Armee gültig.

2. Die Gesuche um Reiseerlaubnisse nach Frankreich oder den alliierten Ländern müssen wie bisher dem Herrn Admini- strateur des Kreises eingereicht werden.

3. Das Ausstellen der Dauerpässe (cartes de frontalière) geschieht unter denselben Bedingungen wie bisher.

L'Administrateur du Cercle de Wiesbaden-Ville.
Signé: Toussan.

Partikularismus und Einheitsstaat.

Die Kölner Rundgebung, über die wir in Nr. 348 berichteten, beweist — so wenig wir auch geneigt sind, ihre Bedeutung zu überschätzen — doch das eine, daß ge- rade die Zentrumskreise auch nach der Bollendung der Reichsverfassung nicht gewillt sind, ihre Sonderpläne dem nun geltenden Gesetz unterzuordnen. Am 18. der Verfassung ist klar umschrieben, wie es mit der Neubil- dung oder Umgruppierung von Staaten gehalten werden soll. Insbesondere ist eine Sperrfrist von 2 Jahren festgesetzt worden, innerhalb der eine Entschei- dung durch eine Volksabstimmung nicht getroffen werden soll (vergl. den Länderparagrafen in Nr. 340). Diese höchst verständliche Bestimmung hat den Kern der Son- derbündler erreicht, die da hoffen, die Bevölkerung der Rheinlande in dieser gährenden, erregten Zeit zu einer für den Bestand des Reiches so überaus gefährlichen Unternehmung, wie die der Losreißung der Rheinlande aus ihrem alten Staatsverband zu verführen. Niemals sind die Gründe, die dafür sprechen, klar, ohne Um- schweife und einleuchtend dargelegt worden. Auch der preussische Ministerpräsident Dirich hat das festge- stellt. All das Gerede und die Darlegungen der be- kannten, in deutscher und drei Fremdsprachen erschie- nenen Propagandachrift der „Vorläufigen Regierung zu Wiesbaden“ können über die eigentlichen Be- weisgründe und die große Gefahr dieser Abplitte- rung nicht hinwegtäuschen. Und Recht und Gesetz muß doch endlich einmal wieder in deutschen Ländern zur Achtung kommen. Das ganze Sehnen des Volkes nach Um- sturz ging auf die Arbeit der von ihm gewählten verfassunggebenden Nationalversammlung. Sie hat ihr Werk getan, die Grundlagen zum Aufbau des neuen Reichs sind gelegt. Die Verfassung ist vollendet.

Und da will eine Partei, die in der Regierung steht, um eigenmächtiger Zwecke halber von neuem zur Gewalt greifen? Fürwahr, das Zentrum wird sich das Recht einer Ordnungspartei, es wird sich die Bündnisfähig- keit und alles nationale Ansehen verschätzen, wenn es nicht diesen rheinischen Absonderungsbestrebungen ein energisches Paroli zu bieten vermag. Wenn es wirklich wahr wäre, was die „Rhein. Volkszeitung“ in Nr. 181 verkündet, daß es in Köln bei jeder Erwähnung der Aktion Dorten zu einer stürmischen Zustimmungskund- gebung gekommen sei, so müßten wir an dem gefundenen Sinn der Versammlungsteilnehmer zweifeln und an ihrem guten Willen, die Aktion Dorten zu ver- stehen, über die hier kein Mensch im unklaren ist. Aber es ist in Wirklichkeit ja auch nur ein kleiner Kreis politisch verrückter Männer, die sich zum Wort- führer „des rheinischen Volks“ machen und es durch Aufstachelung eines von Hochmut nicht freien Selbst- gefühls und durch eine fanatische Agitation zu über- treiben suchen. Man hat es wohlweislich verschwiegen, wo denn die Vertreter aus den verschiedensten Teilen des besetzten Gebietes waren, die da in Köln mitge- schrieben haben über die Verewaltigung des „freien Rheinlands“. Wenn die Macher es aber ernst meinten mit ihrem ewig wiederholten „im Namen des Deutschen Reichs“, dann würden sie diesen Namen nicht schon bei der ersten Gelegenheit kaputt schlagen und an dem Hun- demantel des Reichs, seiner Verfassung, rütteln. Sie würden vor allem auch als ehrliche Männer das Kom- promiß, das zur Fassung des § 18 geführt hat, so an- legen, wie es allein verstanden werden konnte, nämlich als ein Ruhe lassen aller Erregungen und Stim- mungsmache bis zu einer gelegeneren Zeit, wo man die Dinge übersehen kann. Statt dessen fundat man nun in Köln von neuem die schärfste Agitation an gegen die Verfassung und für die rheinische Republik. „Das freie Rheinland den freien Rheinländern!“, so ver- kündet man mit stolzer Geste. Frei, wirklich frei? Und abermals fordert man in ganz sinnloser Weise eine Ab- stimmung, worüber? Über etwas, von dem kein Mensch weiß, wie es aussehen wird. Es ist natürlich leicht, die

gedankenlose Masse mit allerlei Vorteilen zu ködern, die eine Separation haben könnte. Was bedeuten aber 15 Jahre in der Geschichte eines Volkes, und was kann andererseits in dieser Zeit geschehen, wenn dieser Geist des Separatismus vom „freien Rheinland“ weiter um sich greift?

In den kommenden schweren Jahren gibt es dagegen nur eins: Die Pflege des Einheitsgedankens in Deutsch- land. Wir wollen keine „freien“ Kleinststaaten, das wäre das alte deutsche Elend, wir wollen nur ein freies Deutschland! Mit diesem großen Ziel im Auge können wir allein die Revolution überwinden und uns mit ihr abfinden. Der große Gedanke der deutschen Zukunft ist der Einheitsstaat. Ein erschütterndes Bild sind wir schon diesem Gedanken durch die neue Ver- fassung näher gekommen. Aber noch sind wir nicht am Ziel. Und gerade hier im Westen, wo man sich seines Deutschseins rühmt, erhebt sich nun dieser partikula- ristische Geist, der dem großen Ziel Abbruch zu tun sich bemüht. Nicht der preussische, nicht der süddeutsche Partikularismus, beide auf heimatspolitischem Boden erwachsen, bilden allein die Gefahr, die die größten fast scheint der neu gekürzte, auf kirchenpoli- tischen Boden erwachsene westdeutsche Par- tikularismus zu sein. Und es ist bezeichnend, daß in Köln hauptsächlich katholische Geistliche scharf gemacht haben, besonders auch gegen die Zentrumspartei, die nicht nach ihrer Weise tanzen. Das läßt tief blicken.

So aber erhält und fördert man nicht das Deutsch- tum, wie es die in Köln beschlossene Resolution zum Ausdruck mal wieder sagt. Mit diesen partikula- ristischen Bestrebungen fördert man etwas ganz anderes. „Das ganze Deutschland soll es sein“, das soll wieder die Zukunftssparole sein, mit der wir auch all diesen Dunst und Qualm von rheinischen Republikanismen verjagen. Dann erst werden die alten Bundesstaaten, vor allem auch Preußen, ihre geschichtliche Mission erfüllt haben.

General Mangin Oberbefehlshaber in den Rheinlanden.

mz. Berlin, 9. Aug. Als Oberbefehlshaber in den Rheinlanden wird jetzt von mehreren Blättern General Mangin genannt.

Die Auslieferungsfrage.

mz. Berlin, 8. Aug. Aus Rürich wird mehreren Blättern berichtet: Generaloberst v. Falkenhayn hat dem obersten Rat der Alliierten ein Schreiben über- reicht des Inhalts, daß er sich an Stelle Wilhelms II. zur Verfügung stellt und die Verantwortung für alle Be- fehle übernehme, die von der deutschen obersten Heeres- leitung in der Zeit vom 4. September 1914 bis 29. August 1916 gegeben wurden.

mz. Amsterdam, 7. Aug. Laut „Maatschappij Handels- blad“ melden die „Duitsche Pers“, daß man wegen der Einzelheiten des Verfahrens gegen den früheren deut- schen Kaiser sich inzwischen mit der Frage seiner Ver- teidigung befaßt und mit deutschen Rechtsgelehrten deswegen in Verbindung getreten ist.

Ein interalliiertes Kohlenrat.

mz. Bern, 8. Aug. Die Frage der Kohlenver- sorgung Frankreichs ist Gegenstand ernster Erörterungen der wirtschaftlichen Stellen. Der Oberste Wirtschaftsrat hat die Kohlenfrage mit Hoover be-prochen. Dieser erklärte, man dürfe nicht auf eine Kohleneinfuhr aus Amerika rechnen. Abgesehen von dem mangelnden Schiffsraum sei auch in Amerika die Kohlenförderung sehr gesunken. Daraufhin hat der Oberste Wirtschaftsrat eine besondere Organi- sation für die europäischen Staaten, den interalliierten Rat für Kohlenförderung und -ver- teilung beschlossen. Dieser Rat wird durch eine sehr starke Kontrolle der Verwerke bemüht sein, die Er- zeugung nach Möglichkeit zu heben und da, wo die Kohlenförderung nicht intensiv genug ist, durch Maß- nahmen, die noch nicht ausgearbeitet werden konnten, nachzuholen, ferner den Produzenten Arbeitskräfte zur Verfügung stellen sowie eine große Auswanderungsbe- wegung augenblicklich arbeitsloser polnischer und tschechischer Arbeiter ins Leben rufen und durch freie Verkäufe und Käufe verhindern, die Kohleneinfuhr aus Westfalen und Schlesien zu sichern, und zwar abge- sehen von den Kohlenmengen, die Deutschland ver- tragenlich zu liefern hat. Dieser interalliierte Kohlenrat wird aus je einem Vertreter aller interessierter Länder bestehen. Die erste Zusammenkunft findet kommenden Freitag oder Samstag statt.

Aus dem Friedensauschuß der franz. Kammer.

mz. Versailles, 8. Aug. Der Friedensauschuß der fran- zösischen Kammer lehnte gestern vier Resolutionen des Ab- geordneten Morin mit Bemängelungen des Frie- densvertrages ab. Im Friedensauschuß des Senats erstattete Viviani-Martin Bericht über die Verantwortlich-

keiten. Überon über das internationale Arbeiterrecht und Leon Bourgeois über den französisch-englisch-amerikanischen Garantievertrag. Nach dem „Matin“ sagte Barthou in dem Generalbericht, daß trotz Clemenceaus Ausführungen die Zweifel an der militärischen Hilfe Eng- lands und Amerikas bei einem Angriff Deutschlands fortbeständen, zwar nicht hinsichtlich der Aufrichtigkeit des Versprechens sondern betreffs der Zeit und der Art seiner Ausführungen, so lange Belgien nicht befreit sei.

Italien und der Friedensvertrag.

mz. Bern, 8. Aug. In der gestrigen Sitzung des Vier Ausschusses der italienischen Friedenskommission wurde hauptsächlich das Kapitel der Wiedergut- machungen an Italien in Geld, Rohstoffen oder Waren besprochen. Die Meinungen sollen nach dem „Corriere della Sera“ ziemlich widersprechender Natur gewesen sein. Gegen den Kaiserprozeß wurden verschiedene Einwendungen juristischer Natur erhoben. Nach der morgigen Sitzung wird sich der Ausschuß auf eine Woche vertagen.

Die belgische Kammer ratifiziert den Friedensvertrag.

mz. Brüssel, 9. Aug. Sabas-Reuter. Die Kammer genehmigte gestern in namentlicher Abstimmung den Friedensvertrag mit allen Stimmen der anwesenden 123 Abgeordneten.

Japan und China.

mz. Amsterdam, 7. Aug. Das Pressebüro zu Tokio meldet aus Amerika: Ein aus Tokio über London eingetroffenes Telegramm besagt, daß Japan nicht die Absicht hat, irgend- welche, die territoriale Souveränität Chinas beeinflussende Rechte bezüglich Schantung zu beanspruchen. In der Er- klärung wird gesagt, daß die japanischen Truppen sich zurück- ziehen werden, sobald eine Übereinstimmung mit China er- reicht ist.

mz. Amsterdam, 8. Aug. Laut einer Timesmeldung aus Washington veröffentlichte Wilson ein Schreiben des japanischen Botschafters, Rafino Chinda vom 30. April, in dem es u. a. heißt: Die Politik Japans geht dahin, die Schantung-Halbinsel in voller Souveränität an China zurückzugeben. Japan erhält nur die wirtschaftlichen Vorrechte, die Deutsch- land verliehen worden sind, und das Recht, unter den üblichen Bedingungen Niederlassungen in Tientsin zu errichten.

Das neue Ungarn.

mz. Wien, 8. Aug. Die Blätter drücken die Ansicht aus, daß dem Umschwung in Ungarn reaktionäre Ab- sichten zugrunde liegen. Sie besprechen die Möglichkeit einer Rückwirkung der Ereignisse in Budapest auf die junge Republik Österreich-Ungarn. Sämtliche Blätter sind sich einig darin, daß nur weitestgehende Demokratie das zukünf- tige Ungarn aus der gegenwärtigen verzweifeltsten Lage retten könne. Die „N. Fr. Pr.“ sagt: Die ungarische Selbständigkeit wurde zerstört, als die gestürzte Welt in den blutigen Orgien der Räterepublik die Götter erkannten. Das Blatt schlägt vor, die Räterepublik die inneren Verhältnisse gestalten werden, ob ein Reichsverweseramt gebildet oder das Königtum wieder eingesetzt wird, das Deutsch-Österreich nicht zu be- stimmen. Wir haben nur wirtschaftliche Ziele in Ungarn. Die gleichen Gedanken vertreten auch die übrigen bürgerlichen Blätter.

mz. Paris, 8. Aug. (Reuter.) Hoover befaß, alle Lebensmittellieferungen nach Budapest einzustellen, da die Rumänen diese aus dem Lande fortzuschaffen.

mz. Versailles, 8. Aug. Die Pariser Presse be- spricht die neueste Wendung in Ungarn mit außerordentlicher Zurückhaltung. Fast übereinstimmend wird ausgesprochen, man wisse nicht, wie das neue Regime in Ungarn selbst auf- genommen werde und mit welchem Programm Erzherzog Joseph zu regieren werde. Das „Petit Journal“ meint, die Alliierten könnten in diesem Augenblick noch keine Stellung nehmen und würden die Regierung des Erzherzogs Joseph nach ihren Taten beurteilen. Wie die Dinge liegen, seien sie ge- prungen, sich mit ihm über die laufenden Fragen zu be- rathen. — Der „Petit Parisien“ schreibt: Das Eingreifen des Erzherzogs Joseph kompliziert die Lage. Man be- greift deshalb, daß die Entente-Regierungen sich derzeit zu- rückhaltend zeigen wollen. — Clemenceaus „Homme Libre“ erklärt, es müsse verlangt werden, daß die neue Regierung eine Volksabstimmung mit allen erforderlichen Vorbedin- gungen für die Unabhängigkeit der Wahl, beabsichtige. — Der „Matin“ sieht in der neuesten Wendung einen Ausdruck der Rechte und meint, daß sich durch den Staatsstreich die Lösung der ungarischen Krone hinausziehen werde. — Das „Echo de Paris“ sagt: Joseph von Habsburg, Regent von Budapest, hat ein ernstes Geistesleiden. Dürftet sich man in Mittel-Europa eine Krone der Krone? Von Elsaß vor? Das Blatt sagt weiter, es habe die Sicherheit Frankreichs in einem in Deutschland und Österreich-Ungarn aufgerichteten demo- kratischen Regime gestützt. Es bedauere also auch nicht den demokratischen Wechsel in Ungarn. — Die „Humanité“ urteilt sehr zurückhaltend. In Anbetracht des Umstandes, daß man der sozialistischen Gewerkschaftsregierung unwürdige Zu- mutungen gemacht haben würde, sei ihr die jetzige Beschäftig- leit als Nachfolger Bela Kuns lieber.

mz. Budapest, 8. Aug. (Ungar. Post-Öst.) Erzherzog Joseph und Ministerpräsident Friedrich erschienen heute vor- mittag im Ernährungsministerium, in dem sich gestern 24

zeichen konfessioneller Unbuddsamkeit gezeigt hatten. Der Ministerpräsident wies alle Angehörigen des Ministeriums nachdrücklich darauf hin, daß sie sich solche Handlungen zu enthalten hätten, widrigenfalls sie schonungslos aus dem Staatsdienst entlassen würden werden. Ministerpräsident Bismarck erklärte im Namen der Beamtenchaft, daß die Bewegung keinen konfessionellen Charakter habe und sich nur gegen die Disponenten der Bismarck-Herrschaft richte, mit denen die Beamten nicht weiter zu arbeiten geneigt seien. Erzherzog Joseph nahm von dieser Erklärung mit Befriedigung Kenntnis und erklärte, daß man das Land aus seiner heutigen schweren Lage nur mit vereinten Kräften ohne konfessionelle Unbuddsamkeit herausführen könne.

Die Entente für eine ungarische Monarchie?

Wien, 8. Aug. Bei dem größten Teil der Alliierten, besonders aber bei England, besteht starke Neigung, in Ungarn wieder die Monarchie einzurichten. In Italien wächst die Zustimmung gegen Rumänien wegen des aggressiven Vorgehens in Ungarn. Dagegen wird auch in italienischen Kreisen die Stimmung für ein ungarisches Königreich gefördert, da man es unter monarchischer Führung als ein starkes Bollwerk gegen den Osten ansieht. Von einer Vermählung mit Österreich will man aber vorläufig nichts wissen. Man ist froh darüber, daß die drohende kommunistische Welle in Ungarn verschwunden ist.

Erzherzog Joseph.

dem die Verbandsmission nach dem Rücktritt des sozialistischen Kabinetts die oberste Gewalt in Ungarn übertragen hat, wurde am 9. August 1872 zu Alföld in Ungarn geboren als Sohn des Erzherzogs Joseph Karl Ludwig und dessen Gemahlin Elisabeth, Prinzessin von Sachsen-Koburg und Gotha. Sein Großvater war jener Erzherzog Joseph, der von 1797 bis 1847 Palatinus von Ungarn war, ein: Würde, die später nicht mehr verliehen wurde. Sie entspricht etwa der eines Vizkönigs. Erzherzog Joseph widmete sich der militärischen Laufbahn und war, als der Weltkrieg ausbrach, als General der Kavallerie Kommandant der 1. Infanterie-Brigade, die er auch ins Feld führte. Später erhielt er das Kommando über eine der österreichischen Armeen. Als nach dem Tode des Kaisers Franz Joseph der Thronfolger Erzherzog Karl Franz Joseph das Kommando über den von ihm bisher geleiteten Teil der Ostfront (Galizien und Siebenbürgen) erhielt, folgte ihm dort der inwieweit zum Generaloberst beförderte Erzherzog Joseph. Der Erzherzog hat sich auch viel mit den technischen Wissenschaften beschäftigt und wurde zum Doktor der technischen Wissenschaften der Universität Budapest. Erzherzog Joseph ist seit 1893 mit der Prinzessin Auguste von Bayern, der zweiten Tochter des Prinzen Leopold von Bayern und seiner Gemahlin, Prinzessin Hilse, verheiratet. Prinzessin Hilse ist die älteste Tochter des verstorbenen Kaisers Franz Joseph. Im Frühjahr 1919 wurde eine Nachricht in der Presse verbreitet, wonach Erzherzog Joseph und mit ihm Dr. Wessely und Baron Joseph Solovay im Budapest Sammelgefängnis ermordet worden seien.

Der Siebenstundentag in England.

London, 8. Aug. (Reuter.) Unterhaus. Der Siebenstundentag ist eingeführt worden.

Die Wiener „Verschwörung“.

Wien, 8. Aug. Die Korrespondenz Wilhelm meldet zu dem angeblich geplanten Attentat auf die Staatsfunktionäre: Gestern erlittete der Wiener Gemeinderat politische Kränze, daß, wie er erfahren habe, ein Konzeilsgehilfe des Staatsamts zu einem Anschlag auf hohe Staatsfunktionäre gedungen und hierzu auch mit Waffen versehen worden sei. Der Konzeilsgehilfe wurde ausfindig gemacht und verhaftet. Er gab anfangs an, daß er tatsächlich zur Verübung des Anschlages gedungen worden sei. Weitere politische Nachforschungen ergaben aber die Unmöglichkeit der Wahrheit der Erzählung, und der Konzeilsgehilfe gab schließlich an, die ganze Geschichte erfunden zu haben.

Wie und wo wird das Wetter geboren?

Von Dr. J. Christoph.

„Der Wind, von wannen der Wind kommt und wohin er weht“, so fragt das Buch aller Bücher in seiner von keinem anderen alten Werk der Menschheit übertrassenen Tiefe und Gründlichkeit. Alle hilflose Unwissenschaft der damaligen Zeit unter des übermächtigen Willens der Naturkräfte liegt in diesen Worten. Du Bois Reymonds Ignorabimus, umfassen der gemeint, wirkt doch nicht so erdrückend als dieses einfache Bekenntnis in seiner echten, schlichten Sprache.

Dabei wäre es grundfalsch, zu meinen, in jenen fernen Zeiten wäre man nicht imstande gewesen, sich von den Naturkräften auf wissenschaftliche Weise ein Bild über ihr Wesen und Schaffen zu machen. Gerade die Witterungskunde sah zur Zeit, als jene Worte geschrieben wurden, schon auf vielhundertjährige Beobachtungsreihen zurück. Aber nicht nur beobachtet wurde das Wetter, es wurden auch die Gesetze erforscht, nach denen es zu kommen und zu vergehen schien. Ja, diese wurden sogar in Regeln gefaßt, und zwar im Stil unserer heutigen sogenannten Bauernregeln, wobei jedoch nicht deren äußere Form des Reims gemeint ist, sondern die Art ihrer Aussage. So hieß es z. B., wenn es am 10. Tage des 8. Monats regnet, so dauert dieser Regen zwei Wochen.

Hauptächlich waren es die Magier von Babylon, die neben einer Menge astronomischer Beobachtungen auch die Wetterbeobachtungen anstellten, welche den Regeln zugrunde liegen. Das Ergebnis ihrer Studien ist in einem unbedingten Werk niedergelegt, das vor etwa anderthalb Jahrtausenden bei den Assyrern in Ninive gefunden worden ist. Jetzt liegt es im Kensington-Museum in London, ist erst flüchtig durchgesehen und hat noch der völligen Entzifferung. Wenn wir also auch noch nicht wissen, was alles in ihm enthalten ist, so viel ist sicher, daß die babylonischen Weisen dem Wetter nicht mit der kindlichen Gegenüberstand, wie wir geneigt sind, sie uns vorzustellen.

Bei der wohlbekannten und unbestrittenen Abhängigkeit aller alten vorwissenschaftlichen Kultur von jener in Natur und Beobachtung ist ohne weiteres anzunehmen, daß auch die Weisen selbst die eigentliche Wissenschaft über das Wetter besaßen wie die Weisen der Ägypter. Um so mehr spricht aus dem Babelwort das offene reine Bekenntnis der Unwissenschaftlichkeit des damaligen Wissens.

Als dann der orientalische Erfahrungsschatz in den ersten christlichen Jahrhunderten nach dem Westen gelangte, mußte

Die politischen Morde im Stockholmer Ruffenviertel. mz. Stockholm, 8. Aug. Die Untersuchung in der russischen Mordaffäre in Stockholm fördert täglich neue sensationelle Enthüllungen zutage. Die Polizei hat in dem See bei der Villa des Rosen-obersten Sadiellade die Leichen von drei Ermordeten gefunden. Alle drei sind Russen, die mit der bolschewistischen Regierung in Moskau unmittelbar oder mittelbar in Verbindung standen. Nach einer Blättermeldung haben auch mehrere Mitglieder der Mordeliga im Verhör zugestanden, daß ihre Vereinigung eine der bedeutendsten Organisationen sei, die sich weit über Skandinavien erstrecken. Der offizielle Name der Mordeliga in Stockholm ist: „Militärische Abteilung des internationalen Bundes für Wiedereinführung des Rarentums in Rußland.“ Der Mittelpunkt der Leitung der ganzen Organisation befindet sich in Finnland. Die schwedische Presse befaßt sich eingehend mit den Vorfällen und verlangt eine durchgreifende Untersuchung.

Deutschland.

Zur Verabschiedung der Verfassung.

mz. Brimar, 8. Aug. Nachdem der Vertreter des Reichsministeriums für das Verfassungswerk, Reichskommissar Freyh, dem Reichspräsidenten Mitteilung über die Verabschiedung des Verfassungswerkes gemacht hatte, richtete dieser an Dr. Freyh ein Schreiben, in dem ihm und allen Mitarbeitern im Namen des Reiches warmer Dank für die aufopfernde Tätigkeit ausgedrückt wird. In dem Schreiben heißt es u. a.: Das neue Reich hat sein Fundament erhalten. Möge dieses Fundament, zusammengefügt unter Druck und Bedrängnis von außen und innen, seine Festigkeit in aller Zukunft erweisen und imstande sein, einen starken, allen Stürmen des Weltgetriebes trotzen Reichsbau zu tragen. Sie wird zugleich ein unvergessliches Denkmal für Sie und die größte Anerkennung Ihrer Mühe bedeuten. — Namens des Reichsministeriums sprach Dr. Bauer Dr. Freyh seinen Dank aus. Der Ministerpräsident sagte u. a. in seinem Schreiben: Bereits vor 70 Jahren war das deutsche Volk durch staatliche Umgestaltung vor die Aufgabe gestellt, sich ein Verfassungsgesetz zu bauen. Gelang der Bau von 1848 nicht, so konnte jetzt das Werk beendet werden, das dem neuen Zeitalter sein Gepräge gibt. Wenn trotz der gewaltigen förderlichen Erschütterung die gesamte Volk ergriffen hat, die Arbeit in verhältnismäßig kurzer Zeit geleistet worden ist, so war dies nur möglich dank dem unermüdeten Eifer und der einseitigen Kenntnis, die Sie in den Dienst der Sache haben stellen können. Ihr Name wird mit der neuen Verfassung für alle Zeiten eng verbunden sein. Darin werden Sie Ihren schönsten Lohn sehen.

Die Herabsetzung der Heeresstärke.

Berlin, 8. Aug. In Weimar finden zur Stunde Verhandlungen innerhalb des Kabinetts statt, die sich mit der Frage der Herabsetzung der Heeresstärke befassen. Wie verlautet, will das Kabinett den Verband erlösen, auf der Verminderung der Heeresstärke auf 200 000 Mann nicht zu bestehen, weil sich damit nicht die Ruhe und Ordnung in Deutschland aufrechterhalten lassen. Die Entlassung der großen Mannschaftsbestände sei ohne innere Schwierigkeiten nicht durchzuführen. Das Kabinett hofft, der Verband bei mündlichen Verhandlungen von der Notwendigkeit eines stärkeren Heereskontingents zu überzeugen.

Das Betriebsratsgesetz.

mz. Berlin, 8. Aug. Das Reichsministerium hat in seiner Sitzung vom 7. Aug. dem Entwurf des Betriebsratsgesetzes seine Zustimmung erteilt. Derselbe geht nunmehr dem Staatsausdruck zur verfassungsmäßigen

Beschlußfassung zu und wird alsdann sofort der Nationalversammlung vorgelegt. Die Veröffentlichung des Gesetzesentwurfs im „Reichsanzeiger“ steht unmittelbar bevor.

Drohender Eisenbahnerstreik in Mitteldeutschland.

mz. Berlin, 9. Aug. Der neue drohende Streik der Eisenbahner in Mitteldeutschland wird von allen Blättern sehr ernst genommen. Während das preussische Eisenbahnministerium sich an die Erfurter Vereinbarung gehalten hat, haben die Führer der Erfurter Bewegung schon im vorigen Monat mit der Bildung eines Streikbunds für Mitteldeutschland begonnen. Auktionsstreiken wurden, wie die „Vossische Ztg.“ bemerkt, unternommen, um die Beamten zu bewegen, sich dem Streikbündel anzuschließen. Häufig ist auch von den Mitteln der Drohung Gebrauch gemacht worden. Eine Verhinderung unseres Transportwesens, auch für kurze Zeitdauer, könnte der Todesstoß für das erschöpfte Deutschland werden.

Schwere Ausschreitungen in Chemnitz.

mz. Chemnitz, 8. Aug. Über Chemnitz wurde gestern anlässlich schwerer Ausschreitungen der Bevölkerung der verschärfte Belagerungszustand verhängt. Seit Samstag haben in Chemnitz in der Hauptsache wegen mangelhafter Bettversorgung Demonstrationen stattgefunden, die am Donnerstagabend einen ersten Charakter annahmen. Trotz Verbot hatte sich am Nachmittag auf dem Königsplatz eine große Demonstration versammelt, die in der aufbegehrenden Menge gehalten wurde. Die Sicherheitswehr war nicht zur Stelle, die dort festgehaltenen kommunistischen Führer und zogen mit ihnen in das Innere der Stadt. Ein Trupp Reichswehr, der eingesetzt worden war, wurde von der Menge gestreut und ihm ein Maschinengewehr abgenommen. Aus der Menge heraus wurde gegen die Truppe eine Sandgranate geworfen, durch die 10 Personen, darunter 3 Kinder, zum Teil schwer verletzt wurden. Die Lebensmittelmärkte haben einen politischen Charakter angenommen. Um die Unruhen zu unterdrücken, wurden Reichswehrruppen von außerhalb herangezogen. Als diese heute Nachmittag am Bahnhof ausgeladen werden sollten, eröffneten die Tumultuanten, die Maschinengewehre und andere Waffen in ihrem Besitz hatten, ein regelrechtes Feuer auf die Truppen. Infolge des ganz unerwarteten Angriffs wurde eine kleine Abteilung gefangen genommen. Bei dem Zusammenstoß gab es auf beiden Seiten eine Anzahl Tote und Verwundete. Ein Teil der Waffen der Reichswehrruppen fiel in die Hände der Tumultuanten, die bisher nur den Bahnhof besetzt hatten. Sie fordern die Aufhebung des Belagerungszustandes, Zurückziehung der Reichswehr und Verbesserung der Lebensmittelsituation. Die Forderungen sind telegraphisch nach Dresden weitergegeben worden. Man hofft, durch gütliche Vereinbarung mit den Tumultuanten die Ruhe und Ordnung wieder herstellen zu können, so daß weiteres Blutvergießen verhindert wird.

Die Nationalversammlung.

mz. Weimar, 8. Aug.

Präsident Friedrich eröffnet die Sitzung um 14 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen zunächst:

Anfragen.

Hg. Steindorff (Dem.) verlangt angesichts der bevorstehenden Verdoppelung der Gebühren für den Fernsprech- und Telegrammverkehr bestimmte Garantien für die Wiederherstellung des normalen Betriebes, da jetzt nur dringende Gespräche und Telegramme einigermaßen Aussicht auf rechtzeitige Erledigung haben. — Der Direktor im Reichspostministerium äußert eine Übersicht über die Steigerung des Verkehrs auf diesem Gebiet. Die Leistungen hätten während des Krieges nicht vermehrt werden können, gegenwärtig geschehe aber alles, um den Mängeln abzuhelfen.

Hg. Ruhnert (U. S.) fragt u. a., ob die Regierung bereit sei, der Vergütung der diesjährigen Getreenernte durch ein völliges Verbot des Brauns und Brennens entgegenzutreten. — Geheimrat Dr. Becherlein antwortet dahin, daß auch für das neue Wirtschaftsjahr eine wesentliche Einschränkung erfolge. In welchem Umfang, kann erst bestimmt werden, wenn der Ausfall der Getreenernte zu sehen ist.

hin. Wegen der Drehung der Erde muß er dabei zum Wirbelwind werden. Ursache und Wirkung sind in den beiden Theorien ersichtlich verknüpft.

Es zeigt sich da das alte Bild menschlicher Unvollkommenheit. So ist es die Überfülle der Naturerscheinungen meistern, indem er sie nach seinem kümmerlichen Sinn ordnen will und einschränken in dies Fach oder in jenes.

In Wahrheit bestehen beide Möglichkeiten nebeneinander. Es gibt Winde, die reine Wirbelwinde sind, das sind die Tornados und vor allem die großen Orkane der subtropischen Meere, von deren gewaltigen Wirkungen unsere Zeitungen so oft berichten. Entstanden sind sie stets in den heißen Zonen, wo noch beieinander entgegengesetzte Windströmungen der Regel nach vorhanden sind. Je näher sie dem europäischen Festland kommen, desto mehr verlieren sie die reine Wirbelform. Immerhin ist in ihnen die reine Luftbewegung die Hauptursache der Luftdruckerniedrigung. Daneben entstehen bei und selbst oft mitten in Deutschland Tiefs durch die Wechselwirkung zwischen Sonneneinstrahlung, Niederschlägen und anderen vorhandenen Witterungszuständen. Die warme, geladene Luft steigt auf, der Luftdruck fällt also, und dem so entstandenen Tief strömt von allen Seiten Luft zu. Hierbei kommt es nicht zu einem Wirbelstrom, und sobald das Tief ausgefüllt ist, stirbt es und erlischt. Diese Art von Tiefs bringen Schicksal, aber nie stürmische Wetter. Wir können sie nach ihrem Entstehungsort die „heimischen“ Tiefs nennen.

Ihnen stehen — für Europa wenigstens — die atlantischen Tiefs gegenüber, welche ausnahmslos als reine Wirbel entstanden sind. Über dem Meer erhalten sie ihre Natur ziemlich lange, sobald sie jedoch das Festland betreten, unterliegen sie der Fimierung des dort herrschenden Wetters und der Reibung am Boden, der Wirbel verliert seine Geschlossenheit und Zerfallensfähigkeit, also gerade in dem Augenblick, wo der Vorhersager der Witterung auf ihn die größte Rücksicht nehmen muß.

Von dieser Art sind die meisten aller Tiefs, welche unsere Wetterkarten durchziehen, die heimischen treten an Anzahl zu.

Das Wetter Europas hat seine Ursprünge am Rand der Gebiete starker Winde im nordatlantischen Weltmeer. Alle Änderungen kommen vom Westen her. Dieser Hinweis genügt, um auch den Laien ahnen zu lassen, welche Schwierigkeiten dem deutschen Wetterkundigen das Fehlen der Wetternachrichten aus dem ganzen Westen bereitet, wie es dieser Krieg mit sich gebracht hat. Aber auch gegen diesen Teil des Witterungsablaufs von der Welt hat sich die deutsche Kriegführung bekanntlich mit Erfolg gewehrt.

sich zeigen, daß diese und jene Regeln nicht mehr gelten in den neuen Ländern, dafür dort wieder neue in Kraft waren. So kam neues Wissen dazu und die Kunde vom Wetter mochte einige wesentliche Fortschritte, aber in der Natur des Mittelalters ging vieles verloren, und zwar namentlich das Gedächtnis, während das Mittelalter, die Fest- und Falschgedanken der alten Welt bis in unsere heutige Zeit weiterleben. Der Begriff „Regel“, ursprünglich den wahren kabbalistischen Gelehrten bezeichnend, ist gerade wegen der Lebensfähigkeit des Fortwühlens an seiner Fortschrittsfähigkeit, heute gleichbedeutend mit dem des Reueers geworden.

Erst die Neuzeit hat auf dem Gebiet der Wetterkunde die Menschheit wieder vorwärts geführt, indem nach und nach alle Errungenschaften der Technik zu ihrer Förderung herangezogen wurden.

Vor allem ist hier die Telegraphie zu nennen. Sie ermöglicht die rasche Sammlung der Wetterbeobachtungen aller Stationen eines großen Gebiets an einer Stelle. In Deutschland sind dies die „Deutsche Seewarte“ in Hamburg und die im Land verteilten „Wetterdienststellen“. Innerhalb einer Stunde erhält der Meteorologe dieser Anstalten alle wünschenswerten Angaben von ganz Europa und kann, ebenfalls in kürzester Frist, überall hin seine Wettervorhersagen melden, die er auf Grund seiner Kenntnisse, wie das Wetter entsteht, ablassen kann.

So all heute nicht mehr der Satz, daß wir nicht wissen, von wannen der Wind kommt und wohin er weht. Unsere „Wetterkarten“ zeigen es ja. Die kleinen Pfeile auf ihnen geben nicht nur die Richtung an, wohin er weht, sondern durch die Bedienung auch, wo die Luft vor einer Stunde war und wohin sie in einer Stunde fliehen wird.

Aber nun fragen wir: „Wo entsteht das Wetter?“ Unsere Meteorologen reden auf ihren Karten von den „Hochs“ und „Tiefs“ als den maßgebenden Quellen des Wetters. Woher nun kommen diese?

Das ist in der Tat die Kernfrage der heutigen Forschung, und wie das nun einmal menschlich ist, kam diese Theorie auf und jene. Die einen sagen, die Tiefs sind entstanden, weil der Wind in einem Wirbel fliehet, deshalb sich spiralförmig der Mitte zuwendet und, von allen Seiten kommend, dort nach oben steigen muß. Geht sich hier aber die Luft, so kann sie natürlich nicht auf der Erdoberfläche den ihrem Gewicht entsprechenden Druck ausüben: der Luftdruck nimmt also nach der Mitte des Wirbels zu ab, er ist „tief“. Die anderen meinen umgekehrt, weil durch Erwärmung und andere Einflüsse über gewissen Stellen die Luft gehoben wird, nimmt der Luftdruck ab und es entsteht ein Wind, ein Luftstrom neuer Luft nach diesem Ort

Alles in nur
best. Qualität
erhalten Sie
im

Selten-Spezialgeschäft
Fritz Meyer
Nerostraße 15. Tel. 211.

Telephon 4857.

18

